

In Nordirland wird eine Teilung der Macht vereinbart. Mit der *Hillsborough Declaration* vom 1. 4. verzichtet die Republik Irland auf Ansprüche auf die sechs Counties in Nordirland.

Der *Berliner Reichstag* mit der von Norman Foster entworfenen Kuppel wird am 19. 4. eröffnet.

Mai: Am 6. 5. finden Wahlen zum schottischen Parlament und zur neuen *Welsh Assembly* statt, aus denen eine relative Mehrheit für *Labour* hervorgeht (vgl. S. 420).

Juni: Konservative Gewinne in Europawahlen.


Juli: Krise in nordirischen Friedensgesprächen, deren Ergebnis von den *Ulster Unionists* zurückgewiesen wird, da die *IRA* sich nicht auflösen will.

August: Der 40-jährige Charles Kennedy wird als Nachfolger von Paddy Ashdown neuer Vorsitzender der Liberaldemokraten. Er gibt die Nähe zur *Labour Party* als möglichem Koalitionspartner auf und wendet sich gegen Blairs Irakpolitik. Wegen Alkoholproblemen wird er im Januar 2006 seinen Rücktritt verkünden.

Oktober: Peter Mandelson (vgl. S. 405) kehrt als Nordirlandminister ins Kabinett zurück.

November: Rechtsaußen Michael Portillo wird in Nachwahlen zum Abgeordneten der Konservativen gewählt. Er gilt als ›Kronprinz‹ der Partei und wird Schatzkanzlerkandidat im Schattenkabinett, bis er eine homosexuelle Affäre in der Jugendzeit zugibt und zurücktreten muss.

Inkrafttreten des *Greater London Authority Act*.

 Nach einem Entwurf von Richard Rogers entsteht in Greenwich der *Millennium Dome* (vgl. S. 356).

Politik: Dezentralisierung (Schottland und Wales)

Kaum je lagen schlimmste Befürchtungen und nüchternes Kalkül so dicht beieinander wie bei der ersten Wahl zum schottischen Parlament seit 1707 und zur ersten Volksvertretung für Wales überhaupt im Mai 1999: Während die einen glaubten, damit würde die britische Souveränität beendet sein, ja das Vereinigte Königreich auseinanderbrechen, war es für die anderen die längst fällige Anerkennung regionaler Autonomie, nicht unähnlich einigen föderalen Strukturen in

Deutschland. Auf die Frage, ob mit der Dezentralisierung, Verschiebungen in der Finanzhoheit und der Einführung eines kodifizierten Rechts ein ganz anderes Land entstehe, wiegelte Tony Blair ab und riet zur Besonnenheit. Freilich ergab sich neuer Zündstoff für die Debatte um ein zentralstaatliches Verständnis einerseits oder die Anpassung an bereits bestehende ›nationale‹ Eigenheiten andererseits: Während Schottland und Wales für sich den Titel von eigenständigen und auch eigensinnigen Nationen in Anspruch nahmen, war etwa Margaret Thatcher eine unbeirrbar Verfechterin des Unionsgedankens. Nachdem sogar die BBC das Wort von der ›Nation‹ nicht mehr verwenden wollte, war es mit der zwar inkorrekten, aber doch gefühlten Identität von *Englishness* und *Britishness* indes vorbei. Ein 2004 abgehaltenes und wohl nicht ganz ernst gemeintes Referendum, auch England von London abzukoppeln, scheiterte.

Die Ausbildung eines Sonderbewusstseins in Schottland und Wales ist sicherlich aus langen historischen Entwicklungen heraus zu begreifen, doch spielte es in den ersten Jahrzehnten nach Kriegsende in der britischen Politik zunächst keine bestimmende Rolle. Die Konservativen hatten ihre wichtigsten Bastionen ohnehin in England, zudem widersprach die Selbstständigkeit von Regionen ihrem imperialen Verständnis. Die *Labour Party* war vor allem in Schottland traditionell stark vertreten, aber als Gewerkschafts- und Arbeiterpartei war sie auf Einheit und nicht auf Dezentralisierung ausgerichtet. Seit den 60er und 70er Jahren ist jedoch eine Entwicklung hin zu kleineren, föderalen Einheiten zu beobachten, die durchaus als Gegenreaktion gegen supranationale Strukturen, gegen die wachsende Globalisierung der Märkte und eine Nivellierung regionaler Besonderheiten interpretiert werden kann. Hinzu kam ein Gefühl der Marginalisierung im wirtschaftlichen Bereich: Die Politik in London war tonangebend und man selbst war an einen Rand gedrängt, wie auch die Krisen im walisischen Bergbau oder der Werftenindustrie am Clyde zeigten; der Anspruch Schottlands auf proportionale Beteiligung an den Gewinnen aus Nordseeöl

und Nordseegas blieb weitgehend unberücksichtigt. Gleichzeitig sollte in London der Eindruck vermittelt werden, dass ein unabhängiges Schottland unweigerlich dem Bankrott zusteuern würde. Was vielleicht am stärksten wog, war ein Bewusstsein kultureller und politischer Besonderheiten in Schottland und Wales: Da war zunächst eine, historisch zuweilen fragwürdige Renaissance des Keltentums und in Wales eine (früher nicht sonderlich erfolgreiche) Wiederbelebung des Gälischen durch die dafür im Jahr 1925 eigens gegründete Partei *Plaid Cymru*. Sowohl Schottland als auch Wales konnten zudem auf ein relativ fortschrittliches Schulsystem und eine insgesamt eher liberale, in Schottland sogar linke politische Grundhaltung verweisen, ganz abgesehen von einem Rechtssystem, das sich von dem Englands unterschied. In Schottland wurde die Vorherrschaft von *Labour* schließlich immer stärker durch die *Scottish National Party* (*SNP*) gefährdet, die auch von Berühmtheiten wie Sean Connery unterstützt wurde und aus den Wahlen von 2007 mit dem Slogan »IT'S TIME« als stärkste Partei hervorging. Erstmals stellte sie mit Alex Salmond auch den »Ersten Minister«.

Die im Verlauf der Autonomieverhandlungen festgeschriebenen Vollmachten, aber auch die in London verbliebenen Kompetenzen fielen für Schottland und Wales unterschiedlich, ja in hohem Maße asymmetrisch aus: Während in Edinburgh eine eigene parlamentarische Vertretung und der Ministerpräsident (*First Minister*) eine, wenn auch begrenzte, gesetzgeberische Kompetenz besitzen, beschränkt sich die Macht der walisischen Generalversammlung hauptsächlich auf die Exekutive. In Schottland ermöglicht die Abkehr vom englischen Mehrheitswahlrecht zudem sehr viel leichter Koalitionsregierungen und die parlamentarische Vertretung durch mehrere Parteien. Kritisiert wurde die massiv eingeschränkte Finanzhoheit vor allem in der Steuerfestsetzung, auf der London weiterhin besteht, sobald die Erhöhung oder Senkung mehr als drei Prozent beträgt; letztlich verblieb auch die Kontrolle der Dezentralisierung beim Parlament in London, und es ist noch nicht abzusehen, welche langfristige Ei-

gendynamik sie in Schottland und Wales entwickeln wird. Was noch vor ein paar Jahrzehnten, als undenkbar galt, könnte schon bis 2020 Wirklichkeit werden: ein Ende der über 300 Jahre alten Union. Nach großen Erfolgen in den Kommunalwahlen 2010 kündigte der *First Minister* Alex Salmond eine Volksabstimmung der Schotten über eine komplette Loslösung von London an; einzig finanzielle Erwägungen könnten diesen Vorsatz scheitern lassen, da ein unabhängiges Schottland kaum mit Hilfen aus Europa rechnen dürfte.

Das *Parlamentsgebäude* in Edinburgh, das von dem katalanischen Architekten Enric Miralles i Moya entworfen und nach dessen frühem Tod 2004 eingeweiht wurde, erweist sich in seiner gläsernen Transparenz als äußerst populär sowohl bei Einwohnern als auch bei Touristen.